

Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht

Band 7

**Die Europäische wirtschaftliche
Interessenvereinigung mit dem Sitz
in der Bundesrepublik Deutschland
vor Eintragung**

Von

Gerhard Lenz



Duncker & Humblot · Berlin

GERHARD LENZ

**Die Europäische wirtschaftliche
Interessenvereinigung mit dem Sitz in der
Bundesrepublik Deutschland vor Eintragung**

Beiträge zum Europäischen Wirtschaftsrecht

**Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Europäisches Wirtschaftsrecht
der Universität Erlangen-Nürnberg durch die Professoren
Dr. Wolfgang Blomeyer und Dr. Karl Albrecht Schachtschneider**

Band 7

**Die Europäische wirtschaftliche
Interessenvereinigung mit dem Sitz
in der Bundesrepublik Deutschland
vor Eintragung**

Von

Gerhard Lenz



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Lenz, Gerhard:

Die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung mit dem Sitz
in der Bundesrepublik Deutschland vor Eintragung / von Gerhard
Lenz. – Berlin : Duncker und Humblot, 1997

(Beiträge zum europäischen Wirtschaftsrecht ; Bd. 7)

Zugl.: Erlangen, Nürnberg, Univ., Diss., 1996

ISBN 3-428-08976-6

NE: GT

D 29

Alle Rechte vorbehalten

© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0947-2452

ISBN 3-428-08976-6

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Vorwort

Bei der vorliegenden Arbeit handelt es sich um eine Dissertation, die im August 1996 von der juristischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg angenommen wurde.

Meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. Wolfgang Blomeyer, danke ich für die Betreuung der Arbeit sowie, gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. K. A. Schachtschneider, für das Angebot, sie in dieser Schriftenreihe zu veröffentlichen. Weiterer Dank gilt Herrn Prof. Dr. Veelken für die Anregungen als Zweitkorrektor. Schließlich danke ich ganz besonders meiner Familie, ohne deren Unterstützung und Verständnis diese Arbeit nicht möglich gewesen wäre.

Fürth, im März 1997

Gerhard Lenz

Inhaltsverzeichnis

§ 1 Einleitung	23
A. Problemstellung	23
B. Gang der Untersuchung	24

Erstes Kapitel

Die rechtliche Stellung der EWIV im System des deutschen Gesellschaftsrechts

§ 2 Die rechtlichen Grundlagen der EWIV	26
A. Standort der EWIV in der Rechtsordnung	26
B. Rechtliche Grundlagen der EWIV-VO	27
C. Regelung der EWIV in einer Verordnung	28
D. Die EWIV als europäische Rechtsform	29
E. Die Rechtsquellen der EWIV	31
I. Die EWIV-Verordnung als vorrangige Rechtsquelle	31
II. Das EWIV-AG zur Ergänzung und Ausfüllung der EWIV-Verordnung	32
III. Das Recht der oHG	32
IV. Zusammenspiel der Normenebenen	32
V. Sonstiges nationales Recht des Sitzstaates	33
F. Die Auslegung der Rechtsquellen	33
I. Die Auslegung der Rechtsquellen des nationalen deutschen Rechts	33
II. Die Auslegung der EWIV-VO	34
1. Die Unterscheidung zwischen Primär- und Sekundärrecht	34
2. Die klassischen Auslegungsmethoden	35
a) Die historische Auslegung	35
b) Die Auslegung an Zweck und Gesetzssystematik	36
§ 3 Das GIE als nationaler Vorläufer der EWIV	37
A. Allgemeiner Überblick	37
B. Das Wesen des GIE	38
I. Das GIE als juristische Person	38
1. Die juristische Person in Deutschland	38
2. Die französische personnalité morale	38

3. Ergebnis.....	40
II. Organisation des GIE.....	41
III. Begrenzter Zweck.....	41
IV. Flexibilität des GIE.....	42
§ 4 Die historische Entwicklung der EWIV-VO.....	43
A. Die nationale Diskussion.....	43
B. Die Entwicklung der EWIV.....	43

Zweites Kapitel

**Die Entstehung der EWIV und das Problem
der rechtlichen Behandlung der Vorvereinigung**

§ 5 Die zweigliedrige Entstehung der EWIV.....	46
A. Überblick.....	46
B. Der Gründungsvertrag.....	47
I. Anwendbares Recht.....	47
1. Allgemeines.....	47
2. Der Wille des historischen Verordnungsgebers.....	48
3. Die Auslegung des Art. 2 Abs. 1.....	49
a) Grammatikalische Auslegung.....	49
b) Die teleologische Auslegung.....	50
4. Zwischenergebnis.....	51
5. Zweifelsfragen.....	51
II. Der Vertragsschluß.....	52
1. Allgemeines.....	52
2. Wirksamkeit und Auslegung.....	53
III. Formfragen.....	54
IV. Der Vertragsinhalt.....	55
1. Vertragsfreiheit.....	55
2. Grenzen der Vertragsfreiheit.....	56
3. Mindestinhalt des Gründungsvertrages.....	58
C. Die Eintragung.....	62
I. Die Bedeutung der Eintragung.....	62
1. Konstitutive Wirkung der Eintragung.....	62
2. Die Nichtgeltung des § 123 Abs. 2 HGB für die EWIV.....	62
II. Eintragungsmodalitäten.....	66
1. Zuständigkeiten.....	66
2. Form und Inhalt der Anmeldung.....	67
3. Die zur Anmeldung Verpflichteten.....	68
4. Kosten.....	69
III. Hinterlegungspflicht.....	69

IV. Die Prüfungsmöglichkeit des Registergerichts.....	69
C. Bekanntmachung.....	70
§ 6 Das Lückenproblem.....	71
A. Die Existenz der EWIV vor ihrer Eintragung.....	71
B. Das Lückenproblem.....	73
§ 7 Die bisherigen Lösungsansätze und der Versuch einer Systematisierung	75
A. Das Meinungsspektrum zur rechtlichen Behandlung der Vorvereinigung.....	75
I. Die Darstellung bei Scriba	75
II. Die Meinung Hartards.....	75
III. Die Auffassung Meyer-Landruts.....	76
IV. Die Konzeption v. Rechenbergs.....	76
V. Die Ansicht Hopts	77
VI. Die Darlegungen bei K. Schmidt.....	77
VII. Die Ansicht von Weimar/Delp.....	77
VIII. Die Ansicht von Lentner.....	78
B. Das systematische Verhältnis dieser Meinungen zueinander.....	78
§ 8 Die rechtliche Würdigung der bisherigen Meinungen und die Beschreibung eines eigenen Lösungsansatzes.....	80
A. Die auf die Vor-EWIV anwendbare Rechtsordnung.....	80
I. Die Geltung des deutschen Rechts aufgrund Art. 2 Abs. 1	80
II. Der Ausschluß einer "europäischen Lösung"	81
B. Die Lösung des Lückenproblems über § 1 EWIV-AG.....	82
I. Die Anwendbarkeit des § 1 EWIV-AG vor Eintragung der Vereinigung	82
II. Die Unzulänglichkeit des oHG-Rechts zur Lückenschließung	84
1. Vollendete Gesellschaften zur Erfassung des Vorstadiums	84
a) Der Widerspruch zur Zwecksetzung der Vorvereinigung.....	84
b) Eintragungsfähigkeit der Vor-EWIV ?.....	86
2. Das Problem der Fremddorganschaft.....	87
3. Zusammenfassung	89
C. Die Vor-EWIV als "Vereinigung sui generis"	89
I. Überblick.....	89
II. Die Analogie zum Recht der Vorgesellschaften bei deutschen juristischen Personen	89
1. Die Lösung des Lückenproblems unabhängig von § 1 EWIV-AG.....	90
2. Die analoge Anwendung von GmbH-Recht	90
III. Die eigenständig zur EWIV "entwickelte" Ansicht	94
D. Eigener Lösungsansatz	95
I. Grundsätzliche Erwägungen.....	95
II. Die Entstehung der BGB-Gesellschaft.....	96

1. Überblick	96
2. Beginn der Gesamthandsgemeinschaft als Rechtsträger	97
a) Allgemeines zum Gesamthandsverständnis	97
b) Die gesellschaftsrechtliche Gesamthand nach heutigem Stand der Diskussion.....	98
aa) Die Gesamthand als Vermögens- oder Verbandsprinzip	99
bb) Die Fähigkeit zur Rechtsträgerschaft bei der Gesamthandsgemeinschaft	100
c) Die Entstehung der gesellschaftlichen Gesamthand nach den Gesamthandstheorien.....	102
d) Stellungnahme zu den Gesamthandstheorien	105
e) Zusammenfassung	112
III. Die Entstehung der Personenhandelsgesellschaften	113
1. Allgemeine Entstehungsvoraussetzung.....	113
2. Außenwirksamkeit als weitere Entstehungsvoraussetzung der oHG ?.....	114
a) Die herrschende Auffassung	114
b) Die Ansicht von Beyerle	116
c) Die Konzeption von K. Schmidt.....	117
d) Stellungnahme.....	118
3. Die Besonderheiten bei der Entstehung der KG.....	124
4. Zusammenfassung	126
IV. Die Entstehung der GmbH	126
1. Die Mehraktigkeit der GmbH-Gründung.....	126
a) Der Gründungsvertrag	126
b) Die Eintragung im Handelsregister	127
2. Die Rechtsnatur der Vor-GmbH.....	128
3. Rechtsträgerschaft im Gründungsstadium und Übergang der Rechte und Pflichten auf die entstandene Gesellschaft.....	130
4. Zusammenfassung	135
V. Gegenüberstellung der Entstehungsvorgänge	135
1. Ein- und Mehraktigkeit der Gründung.....	135
2. Die Entstehung des Rechtsträgers.....	136
3. Folgerungen.....	137

Drittes Kapitel

Die rechtliche Behandlung der Vorvereinigung

§ 9 Der Zweck der Vor-EWIV	140
A. Die Maßgeblichkeit des Art. 3 für die Vorvereinigung.....	140
I. Überblick.....	140
II. Die Geltung des Art. 3 vor Eintragung	141
B. Der Zweck der EWIV gemäß Art. 3.....	142

I. Der genossenschaftliche Zweck des Art. 3 Abs. 1.....	142
1. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Mitglieder.....	143
2. Die "verlängernde" Tätigkeit der EWIV.....	143
3. Ersetzungsverbot.....	144
4. Hilfscharakter der EWIV.....	145
II. Verbot der Gewinnerzielung.....	146
III. Die Zweckverbote des Art. 3 Abs. 2.....	146
1. Das Konzernleitungsverbot, Art. 3 Abs. 2 lit. a.....	146
2. Das Holdingverbot, Art. 3 Abs. 2 lit. b.....	147
3. Die Beschränkung der Anzahl der Arbeitnehmer einer EWIV, Art. 3 Abs. 2 lit. c.....	147
4. Das Verbot der Kreditgewährung, Art. 3 Abs. 2 lit. d.....	148
5. Das Beteiligungsverbot, Art. 3 Abs. 2 lit. e.....	149
C. Der besondere Gründungszweck der Vorvereinigung.....	149
I. Die Entstehung der Vereinigung als entscheidendes Ziel des Vorstadiums..	149
II. Das Verhältnis des Gründungszwecks zum Zweck der entstandenen Vereini- gung.....	150
1. Die Dominanz des Gründungszwecks.....	150
2. Die Rechtfertigung der Theorie vom beschränkten Gründungszweck.....	153
3. Das Nebeneinander von Gründungszweck und Zweck der Vereinigung..	156
4. Zusammenfassung.....	157
§ 10 Die möglichen Mitglieder der Vor-EWIV.....	159
A. Überblick.....	159
B. Die möglichen Mitglieder gemäß Art. 4.....	160
I. Gesellschaften und andere juristische Einheiten, Art. 4 lit. a.....	160
II. Natürliche Personen, Art. 4 lit. b.....	162
III. Mehrgliedrigkeit und Internationalität, Art. 4 Abs. 2.....	164
IV. Einschränkung der Mitgliedschaft, Art. 4 Abs. 3, 4.....	165
C. Erweiterung des Mitgliederkreises der Vor-EWIV über Art. 4 hinaus.....	165
§ 11 Die innere Verfassung der Vor-EWIV.....	168
A. Überblick.....	168
I. Begriffliche und dogmatische Grundlegung.....	168
1. Der Begriff der inneren Verfassung.....	168
a) Der Versuch einer Umschreibung.....	168
b) Die prägenden Wesensmerkmale der inneren Verfassung.....	168
aa) Die Organstruktur.....	168
bb) Die personale Struktur.....	169
cc) Die Gesamthandseigenschaft der EWIV.....	170
dd) Die Gestaltungsfreiheit.....	173
2. Die rechtliche Behandlung der inneren Verfassung der Vor-EWIV.....	174

a) Die anwendbaren Rechtsregeln	174
b) Die Auslegung des Gründungsvertrags	175
B. Die gemeinschaftlich handelnden Mitglieder	175
I. Überblick	175
1. Die gemeinschaftlichen handelnden Mitglieder als höchstes Organ der Vor-EWIV	175
2. Der Erwerb der Mitgliedschaft in der Vor-EWIV	176
3. Die rechtliche Qualität des Begriffs der "gemeinschaftlich handelnden Mitglieder"	177
II. Die Rechte der gemeinschaftlich handelnden Mitglieder	177
1. Das Stimmrecht	177
a) Der Grundsatz des Einstimmrechts und seine Durchbrechung	178
b) Anspruch auf Beschlußfassung	179
2. Das Auskunfts- und Einsichtnahmerecht	180
3. Anspruch auf Gewinnanteil und Entnahmerecht	181
4. Anspruch auf Auseinandersetzungsguthaben	182
5. Teilhabe am Kooperationsinteresse	183
III. Die Pflichten der gemeinschaftlich handelnden Mitglieder	184
1. Die besonderen Gründerpflichten	185
a) Bestellung von Organen der Vereinigung	185
b) Beseitigung von Eintragungshindernissen	186
2. Die allgemeinen Mitgliederpflichten im Gründungsstadium	187
a) Beitragspflicht	187
b) Sonstige Pflichten der Mitglieder	189
IV. Die Gesamthandseigenschaft der Vor-EWIV	190
V. Beschlußfassung	191
1. Rechtswirksamkeit von Beschlüssen	191
2. Ausgestaltung der Beschlußfassung	191
a) Das Einstimmigkeitserfordernis	192
b) Die dispositive Einstimmigkeit	194
3. Beschlußmängel	200
VI. Veränderungen in der Mitgliedschaft	201
1. Übertragung einzelner Mitgliedschaftsrechte	201
a) Anwendbare Rechtsregeln	201
b) Die Geltung des § 717 BGB für die Vor-EWIV	202
2. Abtretung und Verpfändung des Mitgliedschaftsanteils	204
a) Die Abtretung des Mitgliedschaftsanteils	204
b) Der Mitgliedschaftsanteil als Sicherungsmittel	205
3. Ausscheiden eines Mitglieds	207
a) Automatisches Ausscheiden	207
aa) Tod eines Mitglieds	207
bb) Wegfallen der Voraussetzungen des Art. 4 Abs. 1	208

cc) Insolvenz eines Mitglieds	209
b) Kündigung durch ein Mitglied	211
aa) Ordentliche Kündigung	211
bb) Außerordentliche Kündigung	213
c) Ausschuß eines Mitglieds	214
d) Folgen des Ausscheidens für die Vereinigung	217
e) Gesamtrechtsnachfolge in der Mitgliedschaft	218
4. Die Aufnahme eines neuen Mitglieds	220
C. Die Geschäftsführer	220
I. Überblick	220
II. Die Person des Geschäftsführers	222
III. Rechtsstellung der Geschäftsführer	224
1. Befugnisse und Aufgaben	224
a) Grundlagengeschäfte	224
b) Gewöhnliche und außergewöhnliche Geschäfte	225
c) Beschränkung auf die Gründungsgeschäfte	227
d) Umfang der Geschäftsführungsbefugnis	229
aa) Allgemeiner Rahmen der Geschäftsführungsbefugnis	229
bb) Insbesondere: Buchführungspflichten	229
cc) Insbesondere: Konkursantragspflicht	230
2. Sorgfaltspflichten	230
a) Veränderungen des Sorgfaltsmaßstabs	232
b) Handeln auf Weisung	233
c) Wettbewerbsverbot	233
3. Bestellung und Entlassung der Geschäftsführer	234
a) Bestellung der Geschäftsführer	234
b) Widerruf der Geschäftsführerbestellung	234
4. Das Anstellungsverhältnis der Geschäftsführer	235
D. Weitere, fakultative Organe	236
I. Allgemeine Merkmale des Fakultativorgans	236
II. Das Fakultativorgan im Vorstadium	238
§ 12 Die Außenverhältnisse der Vor-EWIV	239
A. Allgemeines	239
I. Regelungsumfang der Verordnung	239
II. Auswirkungen der Regelungsdichte auf die Vor-EWIV	240
B. Die Rechtsträgerschaft im Vorstadium	240
I. Überblick	240
II. Die Kaufmannseigenschaft der Vor-EWIV	241
III. Die Firma der Vor-EWIV	242
IV. Die Vertrags- und Eigentumsfähigkeit	244
V. Kontofähigkeit	245

VI. Grundbuchfähigkeit.....	245
1. Zum Vergleich: Die Grundbuchfähigkeit der Vor-GmbH.....	245
2. Die Grundbuchfähigkeit der Vor-EWIV	246
VII. Wechselrechtsfähigkeit	249
VIII. Die Unternehmensträgerschaft.....	251
IX. Parteifähigkeit im Zivilprozeß, Beteiligtenfähigkeit in anderen Verfahren ..	252
1. Zivilprozeß	252
2. Andere gerichtliche und außergerichtliche Verfahren	253
X. Konkurs- und Vergleichsfähigkeit.....	254
1. Konkursfähigkeit	254
2. Vergleichsfähigkeit.....	255
XI. Besitz der Vor-EWIV	255
XII. Deliktsfähigkeit der Vor-EWIV	256
C. Die Vertretung der Vorvereinigung	257
I. Überblick.....	257
II. Vertretungsorgan der Vor-EWIV.....	257
III. Einzel- und Gesamtvertretung	259
1. Grundsatz der Einzelvertretung	259
2. Die echte Gesamtvertretung.....	259
3. Besondere Arten der Gesamtvertretung	260
4. Wirkungen der Gesamtvertretung.....	261
IV. Umfang der Vertretungsmacht	262
1. Die Vertretungsmacht bei eingetragener Vereinigung.....	262
2. Die Vertretungsmacht vor Eintragung	263
VI. Handeln im Namen der Vorvereinigung.....	265
D. Die Haftung	266
I. Die Handelndenhaftung gemäß Art. 9 Abs. 2.....	266
1. Die Handelndenhaftung in der Verordnung und im deutschen Recht	266
a) Sonderstellung des Art. 9 Abs. 2	266
b) Handelndenhaftung im deutschen Recht	267
2. Der Gesetzeszweck des Art. 9 Abs. 2	269
a) Straffunktion.....	269
b) Druckfunktion	270
c) Sicherungsfunktion.....	270
d) Vorbelastungsverbot	270
e) Gläubigerschutz.....	272
f) Rechtsscheinhaftung	272
g) Zusammenfassung	273
3. Der Begriff des Handelnden	273
4. Das Handeln "im Namen der Vereinigung"	275
a) Handeln in fremdem Namen.....	275
b) Eigene Außenaktivität	275

c) Handlungen im rechtsgeschäftlichen Bereich.....	276
d) Entbehrlichkeit der Vertretungsmacht.....	277
e) Handeln "im Namen" der Vereinigung.....	277
f) Handeln gegenüber Dritten	278
5. Der Haftungsumfang.....	278
6. Ausschluß der Haftung	279
7. Regreßmöglichkeiten.....	280
a) Regreß gegen die Vereinigung	280
b) Regreß gegen die Mitglieder	281
II. Die Haftung der Vereinigung für Außenhandlungen vor Eintragung	281
1. Die Identität der Rechtszuordnungsverhältnisse.....	281
2. Die Verpflichtungsfähigkeit der Vor-EWIV.....	282
3. Die Weiterhaftung der eingetragenen Vereinigung	283
III. Die Haftung der Mitglieder vor Eintragung.....	285
1. Allgemeine Haftungsregelungen.....	285
a) Die unbeschränkte persönliche Haftung der Mitglieder	285
b) Umfang der Haftung.....	287
c) Folgen der Haftung.....	287
2. Subsidiarität der Mitgliederhaftung.....	290
3. Regreßansprüche	292
4. Die Haftung neu eintretender Mitglieder.....	293
5. Die Haftung eines ausgeschiedenen Mitglieds	295
E. Regelungen zum Schutze des Rechtsverkehrs.....	296
I. Registerpublizität	296
1. Zuständiges Register.....	297
2. Anmelde- und Hinterlegungspflichten.....	297
3. Bekanntmachung und Entgegenhaltbarkeit	297
II. Angaben auf Geschäftspapieren	298
III. Rechnungslegung.....	299
§ 13 Die Verlegung des Sitzes vor Eintragung.....	300
A. Überblick	300
B. Voraussetzungen der Sitzverlegung.....	300
C. Die Sitzverlegung ohne Wechsel des subsidiär anwendbaren Rechts	301
D. Die Sitzverlegung mit Wechsel der subsidiär anwendbaren Rechtsordnung	302
I. Generelle Zulässigkeit.....	302
II. Sitzverlegung vor Eintragung der EWIV	303
§ 14 Zweigniederlassungen vor Eintragung.....	305
A. Zulässigkeit von Niederlassungen vor Eintragung.....	305
I. Der europarechtliche Niederlassungsbegriff	305
II. Generelle Zulässigkeit von Zweigniederlassungen einer EWIV	306

III. Errichtung und Aufhebung einer Niederlassung als Maßnahme der Geschäftsführung	306
IV. Niederlassungen vor Eintragung	307
B. Niederlassungen im Sitzstaat der Vereinigung.....	308
C. Niederlassungen in einem anderen als dem Sitzstaat	308
§ 15 Die Beendigung der Vorvereinigung	310
A. Beendigung ohne Auflösung und Liquidation	310
B. Beendigung mit Auflösung und Abwicklung.....	310
I. Überblick.....	310
II. Die Vernichtbarkeit der Vor-EWIV entsprechend Art. 15.....	311
1. Nichtigkeitsgründe.....	312
2. Die Folgen der Nichtigkeit	313
a) Teil- oder Vollnichtigkeit	313
b) Nichtigkeitsfolgen nach deutschem Recht.....	313
3. Modifikationen durch Art. 15	315
a) Situation nach Eintragung	315
b) Rechtslage vor Eintragung	317
III. Die Auflösung durch Mitgliederbeschluß.....	319
1. Der freiwillige Auflösungsbeschluß	319
2. Der zwangsweise Auflösungsbeschluß	319
IV. Die Auflösung durch gerichtliche Entscheidung.....	322
V. Der Konkurs über das Vermögen der Vor-EWIV.....	324
VI. Die Abwicklung der Vor-EWIV.....	325
§ 16 Schlußbetrachtungen	329
Literaturverzeichnis	331
Sachverzeichnis	343

Abkürzungsverzeichnis

a.A.	anderer Ansicht
ABl.	Amtsblatt
abgedr.	abgedruckt
Abs.	Absatz
ADHGB	Allgemeines deutsches Handelsgesetzbuch
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
allg.	allgemein
Alt.	Alternative
AmtsG	Amtsgericht
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
Art., Artt.	Artikel (Einzahl/Mehrzahl)
AT	Allgemeiner Teil
Aufl.	Auflage
AWD	Außenwirtschaftsdienst des Betriebsberaters (ab 1975 RIW)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BayOblG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebsberater
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshof in Zivilsachen
BR	Bundesrat
BT	Bundestag; <i>auch</i> : Besonderer Teil
bzw.	beziehungsweise
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
Diss.	Dissertation
Drucks.	Drucksache

EG	Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EKV	Europäische Kooperationsvereinigung
ESTG	Einkommenssteuergesetz
EU	Europäische Union
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
evtl.	eventuell
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25. März 1957
EWIV	Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung
EWIV-AG	Gesetz über die Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV-Ausführungsgesetz)
EWIV-VO 1985	Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV)
f.	folgende
ff.	fortfolgende
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen
Gerichtsbar-	keit
FGO	Finanzgerichtsordnung
FS	Festschrift
GBO	Grundbuchordnung
GBVfg	Allgemeine Verfügung über die Einrichtung und Führung
des	Grundbuches (Grundbuchverfügung)
GdbR	Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (BGB-Gesellschaft)
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
gem.	gemäß
GfRS	Gesellschaftsrecht
GIE	Groupement d'intérêt économique
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	GmbH-Rundschau
GroßKomm	Großkommentar
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz

HandelsR	Handelsrecht
h.A.	herrschende Ansicht
HGB	Handelsgesetzbuch
h.M.	herrschende Meinung
Hs.	Halbsatz
i.d.R.	in der Regel
i.d.S.	in diesem Sinne
insbes.	insbesondere
InsO	Insolvenzordnung
IntGesR	Internationales Gesellschaftsrecht
IPR	Internationales Privatrecht
i.S.d.	im Sinne des
i.V.m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter
JurPers	Juristische Person
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristen-Zeitung
KG	Kommanditgesellschaft
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KölnKomm	Kölnener Kommentar
KStG	Körperschaftsteuergesetz
lit.	litera (Buchstabe)
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer (Mitbestimmungsgesetz)
MittBayNot	Mitteilungen des Bayerischen Notarvereins, der Notarkasse und der Landesnotarkammer Bayern
MittRhNotK	Mitteilungen der Rheinischen Notarkammer
MünchKomm	Münchener Kommentar
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
Nr.	Nummer(n)
oHG	offene Handelsgesellschaft
OLG	Oberlandesgericht
ord.	ordonnance

PartGG	Gesetz über die Partnerschaftsgesellschaften
PersGes	Personengesellschaft
PublG	Publizitätsgesetz
Reg.Begr.	Regierungsbegründung
RG	Reichsgericht
RGRK	Kommentar herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern (Kommentar zum BGB)
RGRKomm	Kommentar herausgegeben von Reichsgerichtsräten und Bundesrichtern (Kommentar zum HGB)
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft (bis 1974 AWD)
Rn.	Randnummer(n)
RPfl	Der Rechtspfleger
Rz.	Randziffer(n)
S.	Seite(n); <i>auch</i> : Satz
ScheckG	Scheckgesetz
SchuldR	Schuldrecht
SE	Societas Europea
SGG	Sozialgesetzbuch
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
Überbl.	Überblick
UmwG	Umwandlungsgesetz
u.U.	unter Umständen
VerglO	Vergleichsordnung
vgl.	vergleiche
Vorbem.	Vorbemerkung
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WG	Wechselgesetz
WM	Wertpapiermitteilungen
WPg	Die Wirtschaftsprüfung
WuW	Wirtschaft und Wettbewerb

z.B.	zum Beispiel
ZfgG	Zeitschrift für das gesamte Genossenschaftswesen
ZGR	Zeitschrift für das gesamte Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht (bis 1982 Zeitschrift für Wirtschaftsrecht und Insolvenzpraxis)
ZPO	Zivilprozeßordnung
z.T.	zum Teil

§ 1 Einleitung

A. Problemstellung

Bereits im Jahre 1986, also schon bald nach Verabschiedung der "Verordnung (EWG) Nr. 2137/85 des Rates vom 25. Juli 1985 über die Schaffung einer Europäischen wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV)"¹ und lange bevor der deutsche Gesetzgeber sein deutsches "Gesetz zur Ausführung der EWG-Verordnung über die Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV-Ausführungsgesetz)"² erlassen hat, äußerte K. Schmidt³ die Befürchtung, daß bei der EWIV auf dem Gebiet einer Personengesellschaft eine vergleichbare Diskussion entbrennen könne, wie sie schon seit Jahrzehnten unter dem Schlagwort "Vorgesellschaft" bei der juristischen Person bekannt ist. Diese Befürchtung hat sich - wie man aus heutiger Sicht feststellen kann - zu einem guten Teil bewahrheitet.

Die Meinungen über die rechtliche Behandlung einer EWIV im Zeitraum zwischen Abschluß des Gründungsvertrags und Eintragung der Vereinigung in das zuständige Register differieren und sind - gerade was die rechtliche Begründung anbelangt - von einem Konsens weit entfernt. Hieran trifft den historischen Gesetzgeber - sowohl auf europäischer wie auf nationaler Ebene - eine nicht unerhebliche Mitschuld. Denn er hat das Entstehungsstadium der EWIV fast völlig ungeregelt belassen und die Klärung der sich für das Vorstadium ergebenden Rechtsfragen Wissenschaft und Rechtsprechung überantwortet. Beide haben sich bisher dieser Aufgabe nicht in hinreichendem Umfang unterzogen. Dies erscheint aus Sicht der Gründer einer Vereinigung als besonders mißlich, da die mit dem Werdestadium verbundenen Probleme den Mitgliedern einer intendierten EWIV als erstes auf ihrem Weg zur Vereinigung begegnen.

Durch die vorliegende Arbeit sollen die Gründer einer EWIV einen gewissen Anhalt und eine Richtschnur für ihr Verhalten finden, auch wenn eine Prognose

¹ Abgedr. ABl. EG Nr. L 199, S. 1 ff., im folgenden "Verordnung" genannt; Artikel ohne weitere Angaben sind solche dieser Verordnung.

² Abgedr. BGBI. 1988 I, S. 514 ff.

³ K. Schmidt GfRS (1. Aufl. 1986) § 65 II 1 g.

über die Entscheidungsfindung der mit Rechtsstreitigkeiten befaßten Gerichte, insbesondere des EuGH, nur schwierig ist.

Ziel und Aufgabe dieser Arbeit ist es daher in der erforderlichen Ausführlichkeit zu all den Fragen Stellung zu beziehen, die bei einer Vorvereinigung auftreten können. Dabei ist wegen der Komplexität dieser Aufgabenstellung eine gewisse Beschränkung geboten. So wird vorliegend allein das Vorstadium einer EWIV mit dem Sitz in der Bundesrepublik Deutschland untersucht. Eine umfassende Darstellung des Werdestadiums der EWIV in den anderen EU-Mitgliedsstaaten ist nicht möglich, da eine einheitliche Linie für die rechtliche Behandlung der Vor-EWIV in allen denkbaren Sitzstaaten nicht zu finden ist, so daß die Vorvereinigung in Abhängigkeit von ihrem Sitzstaat erhebliche Unterschiede aufweist. Desweiteren wird in der folgenden Untersuchung der in sich komplexe Bereich der steuerlichen Behandlung der Vor-EWIV ebenso aufgenommen wie das sogenannte Vorgründungsstadium, welches noch vor dem Abschluß des eigentlichen Gründungsvertrags beginnt und grundsätzlich mit diesem endet. Die steuerrechtlichen Implikationen sind zwar für die Gründungsmitglieder wesentlich, für die gesellschaftsrechtlichen Grundfragen der Vor-EWIV aber nicht ausschlaggebend. Das Vorgründungsstadium ist als solches noch so weit von der tatsächlichen Vereinigung entfernt, daß es zwar traditionell bei dem eigentlichen Vorstadium mitbehandelt wird, dies aber keinesfalls zwingend erforderlich ist.

B. Gang der Untersuchung

Die nachfolgende Darstellung wendet sich zunächst in Kapitel 1 einer kurzen Beschreibung der rechtlichen Stellung der EWIV im System des Gesellschaftsrechts zu, wobei besonders die Auslegung der EWIV-Verordnung zu untersuchen ist, da diese für die weiteren Betrachtungen wiederholt eine entscheidende Rolle spielt. Diese Fragen werden - quasi "vor-die-Klammer-gezogen" - vorab betrachtet.

Anschließend wird - auch wenn es ein Gemeinplatz ist, in einer wissenschaftlichen Arbeit über die EWIV auf deren historische Wurzeln in dem französischen GIE hinzuweisen - kurz auf das GIE eingegangen, da erst dessen Kenntnis die notwendige Transparenz zur Erfassung des Regelungszwecks vieler Bestimmungen der Verordnung vermittelt.

Sind diese "Vorarbeiten" geleistet, kann - aufbauend auf die hieraus gewonnenen grundlegenden Erkenntnisse über die EWIV - im Kapitel 2 auf die Grundfragestellung dieser Arbeit eingegangen werden: Die rechtliche Behandlung der EWIV zwischen Abschluß des Gründungsvertrags und ihrer voll

wirksamen Entstehung. Hierfür muß zunächst geklärt werden, wie eine EWIV überhaupt entsteht, welche Voraussetzungen ein EWIV-Gründungsvertrag erfüllen muß und wann typischerweise das Vorstadium endet. Anschließend wird - nachdem die Erforderlichkeit des Vorstadiums für die EWIV-Gründung untersucht wurde - auf die bisher zu diesen Problemen vertretenen Lösungsansätze eingegangen und versucht, einen eigenständigen Lösungsweg zu entwickeln.

Abschließend ist im Kapitel 3 - anknüpfend an die gefundenen Ergebnisse - die Vor-EWIV in ihren einzelnen Erscheinungsbereichen zu untersuchen. Dies ist naturgemäß der "Hauptteil" dieser Arbeit.